



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Erfurt, 1. April 2011

Redaktion: Sören Grumptmann

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 582

**Stellv. Vorsitzende des
Finanzausschusses**

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Diskussion über Zeitarbeit in Erfurt

Auf Einladung der Erfurter CDU-Bundestagsabgeordneten Antje Tillmann besuchte der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfunktion, Karl Schiewerling, Erfurt.

„Mindestlohn, Equal Pay und Lohnuntergrenze“ sind Schlagwörter, die der CDU am Herzen liegen. Gerade die Zeitarbeitsbranche steht unter dem Generalverdacht ihre Arbeiter für Niedriglöhne zu verleihen. „Die Leiharbeit bietet Arbeitnehmern wie Unternehmern vielfältige Chancen. So können Arbeitslose über die Leiharbeit wieder einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden. Aber dieses Instrument“, so Antje Tillmann, „darf nicht von ‚schwarzen Schafen‘ der Branche benutzt werden, um Menschen zu Niedriglöhnen zu beschäftigen.“

Über die Maßnahmen der Koalition zur Verbesserung der Arbeitnehmerrechte in der Zeitarbeit informierte der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Schiewerling. In einer angeregten Diskussion mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern stellte er klar, dass das Image der Branche verbessert werden müsse. „Die Zeitarbeit braucht eine gesellschaftliche Akzeptanz, sie ist keine Niedriglohnbranche, sondern schafft Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber“, so Schiewerling.

Im Abschluss der Diskussion stimmten alle Teilnehmer überein, dass man die Zeitarbeit nicht verteufeln darf. Vielmehr bietet sie Chancen für unsere Gesellschaft. Aber sie muss es den Beschäftigten ermöglichen, von ihrer geleisteten Arbeit leben zu können.